

4312 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Bundesrates

B e r i c h t
des Ausschusses für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

über den Beschluß des Nationalrates vom 9. Juli 1992 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrgesetz 1967 geändert wird (14. KFG-Novelle)

Mit dem vorliegenden Beschluß des Nationalrates soll die Lenkerberechtigung für den Ortslinienverkehr (Lenkerberechtigung DL) wieder eingeführt werden. Es handelt sich dabei um eine eingeschränkte Lenkerberechtigung DL, gegen die auch von seiten des Österreichischen Kuratoriums für Verkehrssicherheit in einer Stellungnahme keine grundsätzlichen Bedenken geäußert werden. In Vorgesprächen zwischen den Sozialpartnern wurde ebenfalls Einigung über den vorliegenden Gesetzesbeschluß erzielt.

Der Ausschuß für öffentliche Wirtschaft und Verkehr hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 14. Juli 1992 in Verhandlung genommen und mehrstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für öffentliche Wirtschaft und Verkehr somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 9. Juli 1992 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrgesetz 1967 geändert wird (14. KFG-Novelle), wird kein Einspruch erhoben.

Wien, 1992 07 14

Ing. Reinhart R o h r
Berichterstatter

Johanna S c h i c k e r
Vorsitzende